

Haushaltsrede am 5. März 2010 der FWG-Stockstadt/Main

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

der Haushalt 2010 ist vor dem Hintergrund der sogenannten Finanzkrise keine ganz einfache Angelegenheit. Gleichwohl gibt es – wie meist im Leben – neben unverschuldeten äußeren Einflüssen auch hausgemachte Probleme.

Zunächst zu den äußeren Rahmenbedingungen. Der größte Ausgaben-Einzelposten ist die Kreisumlage (2.470.000 Euro). Ihre Höhe wird vom Kreistag festgesetzt. Sie dient dazu, gemeinsame Aufgaben der Landkreisgemeinden zu finanzieren wie z.B. den Unterhalt oder den Bau einer Kreisstraße zwischen zwei Kreisgemeinden. Andere, dem Kreis übertragene Aufgaben, wie z. B. die Schülerbeförderung, sind zumindest dem Verfassungsverständnis nach vom Land Bayern oder betrachten wir die Sozialhilfe vom Bund zu finanzieren. Leider erfüllen Bund und Land ihre Aufgaben (siehe Tabelle 1) – für die sie jeweils 42,5 % der von den Stockstädter Bürgern gezahlten Einkommensteuer erhalten – nur zum Teil.

Tabelle 1	Landkreisleistungen (ungedeckter Finanzbedarf)	Leistungen Dritter (Bund, Land, etc.)
Jugendhilfe	6.956.500,00 Euro	616.500,00 Euro
Soziale Sicherung (SGB 12/Arge/SGBII)	12.436.200,00 Euro	3.360.000,00 Euro
Gastschulbeiträge	5.246.300,00 Euro	?
Eigene Schulen	10.580.000,00 Euro	?
Summe	35.219.000,00 Euro	?

Summe geteilt durch 175.000 Einwohner = 201 Euro/ Landkreiseinwohner

mal 7500 Stockstädter = 1.507.500 Euro

Allein die vier aufgezeigten Ausgabenpositionen des Landkreishaushaltes belasten den Stockstädter Haushalt mit 1,5 Mio. Euro.

Hinzukommen der Defizitausgleich und die Investitionen in den Krankenhäusern des Kreises, die über die Kreisumlage von den Gemeinden vereinnahmt werden.

Tabelle 2	
Krankenhausumlage	3.200.000 Euro
Defizit Klinikum	0 Euro
Wasserlos - Betriebsdefizit	290.000 Euro
Für Brandschutz Wasserlos	3.400.000 Euro
Summe	6.890.000 Euro

Somit werden immerhin 39.3 Euro pro Kreisbürger, also für Stockstadt stolze 295.285 Euro, aus der Gemeindekasse ins Gesundheitswesen umgeleitet.

Ein weiteres besonderes Ärgernis ist die von Stockstadt abzuführende Gewerbesteuerumlage (475.000 Euro). Die Gewerbesteuer ist eine originäre

Gemeindesteuer, die dazu dienen soll, das Lebensumfeld der Gemeindebürger aufzuwerten (z. B. durch ein Schwimmbad), um somit die mit einem Gewerbe verbundenen Belastungen (z. B. Lärm oder Straßenschäden durch LKW-Verkehr) auszugleichen.

Ich möchte es mit diesen Beispielen für eine Zweckentfremdung kommunaler Gelder durch den Gesetzgeber genug sein lassen, wenngleich sich die Liste verlängern ließe.

Festzustellen ist: Würde der Staat mit seinen Gemeinden fair umgehen, gäbe es kein kommunales Finanzproblem. Insoweit ist das Finanzproblem der Gemeinde Stockstadt auch nicht primär der Wirtschaftskrise geschuldet, sondern einer über Jahre gewachsenen Zweckentfremdung kommunaler Gelder durch den Gesetzgeber. Selbstverständlich verschärft die Finanzkrise das Problem erheblich, aber auch hier ist die von den Regierungsparteien zu verantwortende Politik mit im Boot, denn es waren zuerst die Landesbanken, die die Finanzkrise in Deutschland erheblich befördert haben.

Die CSU trägt als Partei für all dies erhebliche Verantwortung, und – und deshalb gehört es auch in eine Stockstädter Haushaltsrede – die Mitglieder dieser Partei sind gefordert, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Parteilinie korrigiert und die Geldvernichter der Bayern LB zur Verantwortung gezogen werden.

Nun zu den Dingen der Haushalte, die ausschließlich Stockstädter Entscheidungen sind.

Die Entscheidung für die Sanierung der alten Knabenschule war falsch. Im Grunde genommen wird hier ein Fachwerkgiebel für über 1 Mio. Euro restauriert, ohne dass für das Gebäude eine adäquate Nutzung erkennbar ist. Veranstaltungsräume vergleichbarer Größe gibt es in Stockstadt ausreichend. Die Folgekosten dieser Fehlentscheidung werden den Stockstädter Haushalt für die nächsten 50 Jahre belasten.

Der Bau einer Kinderkrippe ist als Maßnahme zur Abmilderung der Folgen des demographischen Wandels zu begrüßen, wenngleich aus heutiger Sicht der Standort falsch gewählt wurde. Die FWG hat den Standortvorschlag „Dreispiß“ der CSU mitgetragen, weil sie dem Wahlversprechen der CSU – der Errichtung eines Hallenbades auf dem Hauptschulgelände – Glauben schenkte. Heute wissen wir, es wird in Stockstadt kein Hallenbad geben. Somit ist der Vorschlag der SPD, die Krippe auf dem Gelände des ehemaligen Hallenbades zu errichten, nicht nur wegen des zentralen Standortes der bessere, sondern vor allem deshalb, weil die Dreispitzfläche dann als Bauplatz vermarktet werden kann.

Wir beantragen daher: Den Standort für die Krippe abzuändern (der Antrag geht dem Gemeinderat für die nächste Sitzung zu).

Der beauftragte Planer für die Krippe weist in seinem Entwurf brutto Gesamtkosten von 880.087 Euro aus. Der Haushalt weist allerdings für 2010 230.000 Euro und für 2011 870.000 Euro aus. Somit haben wir bereits vor Baubeginn eine Kostenmehrung von 220.000 Euro. Dies ist für uns vollkommen inakzeptabel, zumal die Entscheidung

für diesen Planer auch wegen der günstigeren Baukosten getroffen wurde. (Zur Klärung des Sachverhaltes wird dem Gemeinderat ein Antrag zugehen.)

In den Gemeindewerken erzielen wir nach kameralistischen Buchführungsgrundsätzen einen Gewinn von 542.500 Euro. Nach den Grundsätzen der Bilanzbuchhaltung erzielen wir einen Gewinn von 53.852 Euro. Diesen Unterschied an dieser Stelle zu erklären würde den Rahmen sprengen. Was man festhalten kann ist, dass unser Haushalt kameralistisch dargestellt ist, weshalb von einem Gewinn der Gemeindewerke von 542.000 Euro auszugehen ist. Würde man von einem Gewinn von 53.852 Euro ausgehen, müsste man auch alle anderen Haushaltsteile bilanzbuchhalterisch darstellen, weil man sonst Äpfel mit Birnen vergleicht.

Festzustellen bleibt weiterhin, dass wir unabhängig von der Art der Rechnungslegung einen Gewinn erwirtschaften, den wir im Verwaltungshaushalt verbrauchen. Mit Gewinn aus den Gebühren auf lebensnotwendige Güter wie Wasser und Strom finanzieren wir freiwillige Leistungen. Dies ist ordnungspolitisch abzulehnen. Vielmehr ist zu fordern, dass Gebühren bei Strom und Wasser kostendeckend sein sollen und freiwillige Leistungen aus allgemeinen Steuereinnahmen finanziert werden müssen, die – wie der Name schon sagt – nicht zweckgerichtet erhoben werden. (Zu diesem Punkt wird dem Gemeinderat ein Antrag auf Gebührensenkung zugehen.)

Das Nettosteueraufkommen der Gemeinde liegt 2010 bei 3,676 Mio. Euro – bei optimistischer Annahme. Allein die Personalkosten liegen bei steigender Tendenz 2010 bei 4,589 Mio. Euro. Gegenüber dem Ansatz von 2009 ist dies eine Steigerung von 271.000 Euro oder 6,2 %. Die Personalkosten sind in den letzten zwei Jahren (2008 und 2009) um 635.000 Euro gestiegen. In den 13 Jahren davor (1995 bis 2007) betrug die Steigerung lediglich 574.000 Euro oder pro Jahr durchschnittlich 1,3 %.

Die Lücke zwischen Steuereinnahmen und Personalausgaben wird also ständig größer. Buchhalterisch wird diese Lücke derzeit geschlossen, indem Werksgewinne, vor allem aber Verzinsung (745.600 Euro) und Abschreibung (751.900 Euro) im Verwaltungshaushalt verbraucht werden. Wir leben also von der Substanz. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt ist mit 234.000 Euro veranschlagt. Es ist davon auszugehen, dass im Vermögenshaushalt sowohl 2009 als auch 2010 kein Sollüberschuss erwirtschaftet wird und somit eine Zuführung zur Rücklage nicht erfolgen wird; das heißt, wir sparen nichts an für zukünftige Investitionen oder für notwendig werdende Instandhaltungsmaßnahmen.

Da unser Investitionsprogramm bei weitem die Überschüsse im Verwaltungshaushalt übersteigt, verminderte sich logischerweise die Rücklage (um 60 % in den letzten zwei Jahren) und stieg die Verschuldung um 20 % in den letzten zwei Jahren.

Wir machen mehr Schulden, wir verbrauchen die Rücklage und wir leben von der Substanz. Dieser Dreiklang erlaubt nur eine Feststellung: Der Haushalt der Gemeinde ist strukturell nicht in Ordnung. Es wäre naiv auf eine Besserung durch äußere Einflüsse zu hoffen, da sowohl dem Bund als auch dem Land das Wasser bis zum Hals steht und die Überwindung der Finanzkrise noch Jahre dauern dürfte.

Helfen können wir uns nur selbst. Dies bedeutet, wir müssen im Bereich der freiwilligen Leistung Verzicht üben und die Personalkosten reduzieren.

Die Freien Wähler haben hierzu mit dem Antrag auf vorübergehende Schließung des Freibades einen substantiellen Sparvorschlag gemacht. Anstatt dies aufzugreifen, hat sich der Gemeinderat für den vermeintlich leichteren, gleichwohl populistischen Weg entschieden. Selbstverständlich wird man bei einer Reduzierung einer freiwilligen Leistung immer Betroffene finden, die für den Erhalt gute Argumente ins Feld führen. Wir sind aber nicht dazu da, Partikularinteressen zu vertreten, sondern die Gesamtgemeinde vernünftig zu verwalten.

Es ist wenig hilfreich, wenn der Bürgermeister einen Antrag zum Sparen als Larifari bezeichnet und publikumswirksam auffordert in einer Klausurtagung – ohne Sitzungsgelder – nach Sparmöglichkeiten zu suchen. Es ging hier leicht durchschaubar nicht um einen ernst gemeinten Vorschlag, gemeinsam nach Einsparmöglichkeiten zu suchen, sondern darum, dem Gemeinderat seine vermeintliche Sitzungsgeldfixiertheit publikumswirksam vorzuhalten.

Zurück zum Haushalt und den Einzelplänen 1 – 8:

Pflicht-Einrichtungen	Verlust — Gewinn	Gebühren-einnahmen	Kostengebühren-faktor in %
Feuerwehr	— 404.100	12.000	+3.367,5
Grundschule	— 225.200	2.500	+ 9.008,0
Hauptschule	— 254.800	4.000	+ 6.145,0
Gemeindestraßen	— 131.400	Kfz-Steueranteile	
Bestattung	— 46.600	65.000	+ 71,6
KIGA Regenbogen	— 540.400	60.000	+ 900,6
KIGA Franziskusheim	— 135.000	verlorener Zuschuss	
KIGA Johannesheim	— 165.000	verlorener Zuschuss	
KIGA Sonnenschein	— 189.600	20.000	+ 948,0
Wasserwerk	+ 43.400	1.000.000	— 4,3
E-Werk	+ 489.100	3.400.000	— 16,6
Freiwillige Einrichtungen			
Soziale Sicherung – Ältere	— 93.900	verlorener Zuschuss	
Musikschule	— 323.000	100.000	+ 323,0
Bücherei	— 62.300	2.500	+ 2.492,0
Jugendzentrum	— 83.200	5.000	+ 1.664,0
Förderung Sportvereine	— 43.800	verlorener Zuschuss	
Waldstadion	— 185.000	10.000	+ 1.850,0
Freibad	— 549.000	110.000	+ 499,0
Dorfplatz	— 25.100	8.000	+ 313,7
Skateranlage	— 102.900	100	+ 102.900,0
Bauhof	— 401.700	10.000	+ 4.017,0
Frankenhalle	— 474.500	16.000	+ 2.965,0

Die Tabelle zeigt – und nur diesem Zweck dient sie – eindeutig, dass ein Ausgleich des Haushaltes über kostendeckende Gebühren unmöglich ist. Bestenfalls kann durch Gebührenerhöhungen eine Abmilderung des Problems erreicht werden.

Es bleibt also nur die Möglichkeit, den Haushalt über deutlich höhere Steuereinnahmen oder durch substantielles Sparen auszugleichen. Mittelfristig auskömmlich wären etwa 2,5 Mio. Euro mehr an Steuereinnahmen (350.000 Euro neue Schulden, Rücklagenentnahme 753.000 Euro, Verzinsung und Abschreibung 1.497.5000 Euro).

Wenn es gelingt, an die guten Steuereinnahmenseiten nach Überwindung der Finanzkrise wieder anzuknüpfen, wird – und dies ist optimistisch betrachtet – ein struktureller Fehlbetrag zwischen 0,5 bis 1,5 Mio. Euro fortbestehen, der durch Einsparungen ausgeglichen werden muss.

Wir halten den derzeit von der Verwaltung eingeschlagenen Weg zur Haushaltssanierung für unzureichend und

Dr. Gerhard Glöckner
Fraktionsvorsitzender der
FWG-Stockstadt/Main